

Beschluss des Landrats vom 14.02.2019

Nr. 2524

24. Adäquate Zusammensetzung des Bildungsrats

2018/635; Protokoll: gs

Der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen, sagt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP); die Überweisung wurde aber in der vorherigen Diskussion [Traktandum 23] bestritten.

Das Postulat erwähne, dass Parteivertretungen nicht mehr im Bildungsrat vertreten sein sollen, sagt **Miriam Locher** (SP). Da ist die SP dagegen und wird deshalb den Vorstoss nicht unterstützen.

Andrea Heger (EVP) appelliert an die SP: Diese will Änderungen haben – und hier besteht die Möglichkeit, um Änderungen zu prüfen und darüber zu berichten. Deshalb soll die Partei Ja sagen. – Ein herzlicher Dank geht an Oskar Kämpfer. Die Rednerin hat in ihren Landratsjahren gelernt, dass dieser bei mangelnden Argumenten gerne die Personen, die etwas berichten, niedermacht oder ihnen die Relevanz abspricht. Nun hat die Rednerin selbst diese Erfahrung gemacht – sie hätte nicht gedacht, dass sie dies bereits in dieser Legislatur bereits schafft.

Auch **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) wendet sich an die SP: Es sei nicht zu verstehen, warum das Postulat nicht unterstützt werde. Die Partei möchte ja gewisse Veränderungen haben. Jetzt wird es vielleicht keine mengenmässige Veränderung geben, aber in der Zusammensetzung. Die Rednerin hat zuvor erklärt, dass der Politik keine Schranken gesetzt sind: Es geht darum, nachzuprüfen, ob es Sinn macht, dass weiterhin die fünf Parteien bzw. ihre Parteimitglieder vertreten sind – man kann aber sehr wohl einen Gemeinderepräsentanten oder den Repräsentanten einer andern Anspruchsgruppe als SPler schicken. Diesem Ansinnen steht kein Hindernis im Weg. Darum wäre die Rednerin froh, wenn die Partei Unterstützung bieten würde.

Oskar Kämpfer (SVP) bedankt sich für das Kompliment von Andrea Heger. – Zum Thema: Es ist nicht ganz verständlich, wie die Regierung das Geschäft entgegennehmen kann, wenn sie zuvor doch gesagt hat, sie wolle Ruhe im Gremium haben. Wenn Untersuchungen zum Thema Bildungsrat anfangen, wird wahrscheinlich alles andere als Ruhe eintreten. Darum ist die SVP der Meinung, im Moment sei nicht der richtigen Zeitpunkt, um ein solches Postulat entgegenzunehmen.

Die SP unterstütze das Postulat nicht, sagt **Jan Kirchmayr** (SP) an die Adresse von CVP, EVP und Grünen. Es steht im Text, man solle überlegen, ob auch die Parteien im Bildungsrat sein müssen – die SP *will* die Parteien im Gremium haben. Man hat immer klar und deutlich gesagt, dass die Parteien im Bildungsrat vertreten sein sollen – man will nicht, dass geprüft wird, ob die Parteien rausgeschmissen werden oder nicht – das ist für die SP keine Option. Man hatte die Alternative mit der parlamentarischen Initiative, die aber abgelehnt wurde. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat nicht: Bildung ist politisch, auch der Bildungsrat ist politisch – dort sollen auch die Parteien ihren Platz haben.

Die FDP-Fraktion habe, wie wahrscheinlich alle Fraktionen, die beiden Geschäfte verbunden beraten, sagt **Heinz Lurf** (FDP). Aus dem gleichen Grund, mit dem man zuvor die Initiative abgelehnt hat, wird auch die Überweisung des Postulats grossmehrheitlich abgelehnt. Der Bildungsrat soll sich jetzt finden können – man will den Weg frei machen, dass Inputs seitens Bildungsrat kommen.

Matthias Häuptli (glp) wollte eigentlich nichts mehr sagen. Nach dem vielen «Chabis», der zuvor erzählt wurde, wird aber ein neuerliches Statement nötig. Es geht darum, dass die Politik vertreten ist; wobei es eigentlich egal ist, ob das Parteien sind oder ob es eine andere Ausgestaltung gibt. Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft vertreten ist. Da ist nun ein Unterschied zu sehen: Wenn man nun Anspruchsgruppenvertreter wählt, die in einer Partei sind, haben sie in erster Linie den Hut der Anspruchsgruppe an. Das ist auch logisch. Die Parteizugehörigkeit tritt in einem Bildungsrat gegenüber der Funktion zurück. Das ist auch richtig so. Irgendwo braucht es auch die Aussen-sicht. Genau das ist der Unterschied zum Bankrat, der zuvor bemüht wurde. Dort will man keine Politik drin haben. Dort will man, dass eine Bank schlicht funktioniert – und nichts anderes. Es soll nicht nach politischen Kriterien entschieden werden. Es ist unverständlich, wie man diesen Unterschied nicht erkennen kann.

Auch **Florence Brenzikofer** (Grüne) wollte nichts mehr sagen – es gibt aber doch noch eine notwendige Aussage: Der Zeitpunkt ist richtig, um das Postulat zu überweisen. Es geht um eine adäquate Zusammensetzung. Man weiss, es gab ein vorbereitendes Gespräch. Der Bildungsrat für die nächste Amtsperiode ist von der Regierung noch nicht gewählt. Monica Gschwind hat es zuvor gesagt: Es geht darum, dass die Vertreterinnen und Vertreter, die für die nächste Amtsperiode neu im Bildungsrat sein sollen, ausgewogen sind – das heisst: Stadtnähe und Land sollen vertreten sein, Frauen und Männer. Auch von den beruflichen Ausrichtungen her soll eine gewisse Breite gegeben sein. Darum braucht es das Postulat. Man redet im jetzigen Zeitpunkt nicht über die politischen Vertretungen. Es geht darum, dass der Bildungsrat zukünftig arbeiten kann und so zusammengesetzt ist, wie man das wünscht. Es geht auch um ein Vertrauensvotum, das man für den Bildungsrat braucht. Die Rednerin hofft auch – wie Béatrix von Sury d'Aspremont es zuvor gesagt hat –, dass die Parteien, die bisher nicht vertreten waren, und einen Bildungsrätin oder einen Bildungsrat stellen können, auch in der Pflicht sind, Leute aufzustellen, die ihre Politik vertreten können.

Es sei zuvor mehrmals gesagt worden, sagt **Jürg Wiedemann** (GU): Als es um die Einzelfächer oder die Studentafel ging (der Bildungsrat hat in einem ersten Schritt entschieden, dass es einstündige Promotionsfächer geben soll!), klebten Vertreter aus fast alle Parteien an der Decke. Man hat die Entscheide nicht verstanden. Man hat gesagt, man müsse tatsächlich etwas ändern. Pascal Ryf hat das damals gesagt, der Redner ebenso. Vielleicht aber sieht man verschiedene Dinge, wenn man von einer Änderung spricht. Pascal Ryf möchte vielleicht an der Struktur und der Zusammensetzung etwas ändern. Der Redner aber möchte den Bildungsrat nicht in globo wählen bzw. absegnen müssen, wenn die Regierung ihren Vorschlag präsentiert. Man kann faktisch nur zustimmen. Es braucht eine echte Wahlmöglichkeit. Es muss möglich sein, dass man zu einzelnen der vorgeschlagenen Bildungsräte sagen kann, sie hätten in den letzten vier Jahren im Bildungsrat x-mal Entscheide gegen das Volk oder das Parlament getroffen – solche Leute will man nicht im Bildungsrat haben. Man muss also ein Instrument schaffen, damit man die 13 Mitglieder nicht bloss pauschal wählen kann – man muss auch sagen können, man wolle Leute im Bildungsrat, welche ein Stück weit das Volk und seine Interessen vertreten und nicht als eigenes Gremium eigene Entscheidungen fällen. Wenn man das schafft, würde es nicht passieren, dass der Bildungsrat Sammelfächer einführt, obwohl das Volk Nein gesagt hat; es würde nicht passieren, dass der Bildungsrat einstündige Promotionsfächer beschliesst; obwohl klar ist, dass dies in der Bevölkerung keine Mehrheit hat. Dort sollte es eine Änderung geben.

://: Mit 61:22 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
